

**19
82**

Union in Deutschland

Bonn, den 9. Juni 1982

CDU jetzt auch in Hamburg
die stärkste politische Kraft

SPD-Senat muß nach der Niederlage zurücktreten

Wir sind zum ersten Mal in der Geschichte unserer Partei in Hamburg die stärkste politische Kraft geworden. Für diesen großartigen Erfolg sagen wir unseren Hamburger Freunden, an der Spitze Walther Leisler Kiep, unseren besonderen Respekt und unseren besonderen Dank, erklärte Helmut Kohl nach der Bundesvorstandssitzung am Montag (7. Juni) vor der Presse in Bonn.

Nach dem großartigen Ergebnis, das wir im vergangenen Jahr in Berlin erringen konnten, wo jetzt Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister amtiert, ist dies ein weiteres gewaltiges Signal in einem anderen Stadtstaat in der Bundesrepublik. Die CDU hat in Hamburg im Blick auf 1978 einen Zugewinn von 5,6% und gegenüber der Bundestagswahl 1980 einen Zugewinn von 12 Prozent. Demgegenüber hat die SPD — ihr schlechtestes Ergebnis seit 1948 — 8,7%, bezogen auf die letzte Wahl, verloren und

(Fortsetzung auf Seite 2)

DANKE

Helmut Kohl dankt allen Mitgliedern und Freunden, die am Samstag auf der Großdemonstration „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ im Bonner Hofgarten auf eindrucksvolle Weise der Welt das wirkliche Bild von Deutschland vermittelt haben. Weit über 100 000 Mitbürger aus allen sozialen Schichten haben bewiesen, daß die Union als einzige demokratische Partei in der Lage ist, unsere Bevölkerung zu einem so machtvollen Bekenntnis zu unserem Staat zu mobilisieren. Wir alle können stolz sein auf unsere Partei (Wortlaut des Dankwortes auf Seite 6 dieser Ausgabe).

■ WOHNUNGSBAU

SPD/FDP vertreten ein unsoziales Mietrecht — das will die Union ändern

Seite 11

■ ARBEITSMARKT

Hohe Arbeitslosigkeit jetzt in fast allen Großstädten

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Rüstungskontrolle und Abrüstung grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

sie hat — bezogen auf die Bundestagswahl 1980 — 8,9% verloren.

Eine Zahl halte ich jedoch für besonders wichtig: nämlich der unübersehbare Erdutsch für die Koalition, der sich in Hamburg vollzogen hat. Die Koalition hat gegenüber SPD und FDP der Bundestagswahl 1980, also weniger als zwei Jahre zurück, 18,2 Prozent verloren. Wir glauben, daß hier eine Signalwirkung, die aus dieser Zahl kommt, überhaupt nicht übersehen werden kann.

Nach den Wahlen in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und jetzt in Hamburg ist es unübersehbar, daß die Serie der Niederlagen der Sozialdemokraten nicht abgerissen ist. Die Sozialdemokraten haben in Hamburg noch schlechter abgeschnitten mit Herrn von Dohnanyi und mit Helmut Schmidt als beispielsweise mit Herrn Ravens vor einigen Monaten in Niedersachsen. Und dies, obwohl der Bundeskanzler sich in Hamburg stärker als in Niedersachsen engagiert hat und dies, obwohl in Hamburg die hanseatische, vaterstättische Gesinnung in einer besonderen Weise mobilisiert werden sollte.

Hamburg, das ist ja auch der Wahlkreis von Herbert Wehner und Hans Apel und von Helmut Schmidt. Es war nicht die Union, es war nicht Walther Leisler Kiep, es war niemand von uns in Bonn, der die Hamburger Wahlen zu einer Art Bundestagswahl im Kleinformat hochstilisiert hat. Da war zunächst die Plakatierung von Hans-Dietrich Genscher mit dem Hamburger Spitzenkandidaten der FDP und da war das mit Abstand meistgeklebte Plakat der Hamburger Sozialdemokraten mit dem Slogan: „Hamburg läßt Helmut nicht im Stich“. Das heißt also, aus dieser Darstellung der Wahl, aus dem Wahlkampfgeschehen, aus der Präsentation von Staats-

gästen, vom französischen Staatspräsidenten bis hin zum spanischen König, ist deutlich geworden, daß die Hamburger Sozialdemokraten und die Bundespartei der SPD in Hamburg weniger auf die Karte Dohnanyi als auf die Karte Schmidt gesetzt haben, und sie haben eine schwere Niederlage erlitten.

Für die Freien Demokraten ist das Wahlergebnis eine weitere bittere Niederlage. Es ist bemerkenswert, daß die FDP zum erstenmal nicht wieder in ein Parlament zurückgekehrt ist, nachdem sie bereits in der vorangegangenen Wahl vom Wähler ausgeschlossen worden war. Die FDP hat gegenüber der Bundestagswahl 1980 mehr als zwei Drittel ihrer Wähler verloren.

Aus alldem ergibt sich jetzt schon die Frage für die FDP, wie es weitergehen soll, nachdem Hans-Dietrich Genscher und die Seinen gerade auch diese Hamburger Wahl zu einer Art Prüfstand für die Beliebtheit, die Durchsetzungsfähigkeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers gemacht haben.

Unsere Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis sind klar: Wir, die CDU, haben von den Wählern in Hamburg den Auftrag zur politischen Führung der Stadt erhalten.

Für uns ist dabei besonders wichtig, daß wir in Hamburg vor allem in jenen Stadtteilen und Wahlbezirken Stimmen gewonnen haben, in der die Arbeitnehmerschaft besonders stark vertreten ist, das heißt also, daß die Arbeitnehmer mit ihren Füßen und mit ihren Stimmen gegen die Sozialdemokraten gestimmt haben.

Für uns ist wichtig, daß auch in Hamburg, wie schon in Schleswig-Holstein und dann bei der Landtagswahl in Niedersachsen, mit dem glatten Überspringen der 5-Prozent-Hürde durch die Grünen-Alternativen einmal mehr deutlich wurde, daß die FDP ihre Mehrheitsbeschaffefunktion verloren

hat und daß sich eben mit diesen Grünen-Alternativen eine vierte politische Gruppierung — in der Reihenfolge der Stärke — jetzt als dritte politische Gruppierung in den Parlamenten etabliert hat.

Wer hier im Lager der Koalition geglaubt hat, daß diese Wahl zu einem Mehr an Stabilisierung der Bonner Regierung beitragen könnte, hat sich gründlich getäuscht. Die Regierungsfähigkeit des Kanzlers und

seiner Regierung bleibt weiter geschwächt, ja ist sogar stärker geschwächt worden.

Wir werden jetzt unsere ganze Kraft einsetzen, um in den nächsten Wochen bei den Wahlen in Hessen und dann auch bei den Wahlen in Bayern das Votum der Bürger erneut zu erbitten, und zwar in einer Weise, wie wir es in Hamburg gerade erfahren haben, als eine Bestätigung der Union in Deutschland.

Walther Leisler Kiep: Arbeiter kamen zur Union

Wir haben diesen Wahlkampf in einem Stil geführt, der seit August 1981 als ein „grenzüberschreitender“ bezeichnet wurde. Das heißt ein Stil der Überzeugung und der Sachlichkeit, der geeignet ist, die Grenzen der eigenen Anhängerschaft zu überspringen und Anklang, Zustimmung und Aufmerksamkeit auch in den Bereichen zu finden, die nicht traditionelle Wähler der Union sind.

Der traditionelle Wählerstamm der Union in Hamburg ist sehr klein. In diesem grenzüberschreitenden Wahlkampf ist es uns gelungen, diese Grenzen zu überschreiten, also SPD- und FDP-Wähler anzusprechen. Anzusprechen nicht etwa — damit da gar kein Mißverständnis entsteht — unter Verschweigen unserer Grundüberzeugung in den Fragen der Friedenspolitik, unseres Standpunktes zum NATO-Doppelbeschuß oder unter Verschleierung unserer Position zur friedlichen Nutzung der Kernenergie oder der sozialverpflichtenden Marktwirtschaft, sondern unter deutlicher Herausstreichung dieser Standpunkte, aber mit einer Fähigkeit zum Zuhören, zum Respekt vor Andersdenkenden und auch mit dem notwendigen Verzicht auf holzschnittartige Darstellungen oder Schwarzweißmalereien.

Gerade in einer traditionell SPD-bestimmten Stadt wie Hamburg war dies, glaube ich, die Voraussetzung für den Erfolg, den wir erreichen konnten, und ich sehe ihn insbesondere im Arbeitnehmerbereich. Ich habe zahllose Gespräche geführt, und diese Gespräche haben ihren Niederschlag gefunden — nicht nur in der Presse, sondern auch im Wahlverhalten vieler Arbeitnehmer wegen der Erkenntnis, daß zwar sicherlich die Sozialdemokraten früher die traditionelle Arbeitnehmerpartei waren, aber daß in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der ökonomische Sachverständ und damit die Fähigkeit, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sich in einem Lager stärker wiederfindet, in dem auch mit Unternehmensführung und mit Wirtschaftsdingen erfahrene Politiker zur Verfügung stehen.

Die FDP: Ich glaube, die FDP hat in Hamburg die Wahl nicht bestanden, weil sie im Grunde genommen dem Wähler keine Funktion sichtbar machen konnte, die sie in diesem Wahlakt zu erfüllen bereit oder imstande war. Man ist in Hamburg angekommen mit einer Koalitionsaussage für die SPD und hat gleichzeitig gesagt, man wollte Filzokratie, Vetternwirtschaft, Parteibuchwirtschaft, Sozialismus, die Münchner Parteitagsbeschlüsse usw. bekämpfen. Diese Aussage hat offensichtlich nicht überzeugt.

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 6. Juni 1982

	Bürgerschaft 1982	Bürgerschaft 1978	Bundestag 1980 ¹⁾
Wahlberechtigte	1 240 446	1 264 661	1 253 335
Wahlbeteiligung	963 172 (77,6)	969 000 (76,6)	1 113 199 (88,8)
Gültige Stimmen	952 540	958 397	1 106 468
SPD	407 304 (42,8)	493 340 (51,5)	572 157 (51,7)
CDU	411 734 (43,2)	360 409 (37,6)	345 005 (31,2)
FDP	46 181 (4,8)	45 903 (4,8)	155 701 (14,1)
DKP	5 546 (0,6)	9 373 (1,0)	5 488 (0,5)
KPD	720 (0,1)	880 (0,1)	—
GAL	72 897 (7,7)	—	¹⁾ Zweitstimmen
EAP	146	—	
BÜR	151	—	
HLA	6 197 (0,7)	—	
ÖDP	1 664 (0,2)	—	

Mandatsverteilung

	Bürgerschaft 1982	Bürgerschaft 1978
SPD	55	69
CDU	56	51
FDP	—	—
GAL	9	—

KPD — Kommunistische Partei Deutschlands

GAL — Grün-Alternative Liste

EFP — Europäische Föderalistische Partei

BÜR — Bürgerpartei /Umweltunion

HLA — Hamburger Liste für Ausländerstopp

ÖDP — Ökologisch-Demokratische Partei

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)							nächste Wahl
		CDU	SPD	FDP	NPD	DKP	Grüne	Sonst.	
Berlin (West)	10. 5. 1981	48,0	38,3	5,6	0,6 ⁴⁾	7,2 ³⁾	—	—	1986
Baden-Württemberg	16. 3. 1980	53,4	32,5	8,3	0,1	0,3	5,3	—	1984
Bayern	15. 10. 1978	59,1 ¹⁾	31,4	6,2	0,6	0,3	1,8 ⁶⁾	0,6	1982
Bremen	7. 10. 1979	31,9	49,4	10,8	0,4	0,8	6,5 ⁷⁾	0,2	1983
Hamburg	6. 6. 1982	43,2	42,8	4,8	—	0,6	7,7 ⁸⁾	—	1986
Hessen	8. 10. 1978	46,0	44,3	6,6	0,4	0,4	2,0	0,3	1982
Niedersachsen	21. 3. 1982	50,7	36,5	5,9	—	0,3	6,5	0,0	1986
Nordrhein-Westfalen	11. 5. 1980	43,2	48,4	4,98	—	0,3	3,0	—	1985
Rheinland-Pfalz	18. 3. 1979	50,1	42,3	6,4	0,7	0,4	—	0,1	1983
Saarland	27. 4. 1980	44,0	45,4	6,9	—	0,5	2,9	0,3 ⁹⁾	1985
Schleswig-Holstein	29. 4. 1979	48,3	41,7	5,7	0,2	0,2	2,4	1,4 ⁵⁾	1983
Bundestag	5. 10. 1980	44,5	42,9	10,6	0,2	0,2	1,5	—	1984

¹⁾ CSU⁶⁾ GAZ/AUD²⁾ CDU/CSU⁷⁾ Bremer Grüne Liste und Alternative Liste³⁾ Alternative Liste

für Demokratie und Umweltschutz

⁴⁾ SEW⁸⁾ CSWU⁵⁾ SSW⁹⁾ GAL (Grün-Alternative Liste)

Ergebnisse nach Bezirken

Wahlkreis	Wahl-jahr	CDU	SPD	FDP	GAL (Grüne)	Sonstige
Hamburg-Mitte	1982	37,6	49,2	3,9	7,4	
	1978	31,2	59,4	3,7	3,9	1,9
	1980	26,6	59,0	11,4	2,1	0,8
Altona	1982	45,7	39,5	5,0	8,1	
	1978	40,3	47,7	5,2	5,2	1,6
	1980	33,5	48,5	14,6	2,6	0,8
Eimsbüttel	1982	43,1	40,3	5,0	9,9	
	1978	38,1	48,5	5,2	6,0	2,1
	1980	31,2	49,9	14,9	3,0	0,9
Hamburg-Nord	1982	41,5	43,2	4,9	8,8	
	1978	37,1	51,1	5,1	4,9	1,8
	1980	30,7	51,9	14,0	2,5	0,9
Wandsbek	1982	46,9	39,9	5,4	6,5	
	1978	40,9	48,6	5,1	4,2	1,3
	1980	33,4	48,1	16,0	2,0	0,6
Bergedorf	1982	44,4	43,8	4,5	6,1	
	1978	39,0	52,0	4,5	3,5	1,0
	1980	32,7	51,2	13,7	1,9	0,5
Harburg	1982	40,3	48,0	4,2	5,9	
	1978	33,9	57,7	3,9	3,2	1,3
	1980	28,8	57,4	11,5	1,5	0,7

Bürgerschaftswahl 1978: Grüne

= Bunte Liste/Wehrt Euch — Initiativen für Demokratie und Umweltschutz und Grüne Liste Umweltschutz, die getrennt kandidierten.

Bürgerschaftswahl 1982: Grüne

= GAL (Grün-Alternative Liste)
Im Bezirk Wandsbek bewirbt sich zusätzlich die Partei „Die Grünen“

Bundestagswahl 1980: Die Grünen

Sitzverteilung in der Bürgerschaft seit 1946

Partei	1946	1949	1953	1957	1961	1966	1970	1974	1978	1982
SPD	83	65	58	69	72	74	70	56	69	55
CDU	16			41	36	38	41	51	51	56
FDP	7	40 ³⁾	62 ⁴⁾	10	12	8	9	13	—	
DKP ¹⁾	—			—	—	—	—	—	—	
DP	—	9		—	—	—	—	—	—	
RSF	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
KPD	4	5	—	—	—	—	—	—	—	
GAL	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9

Die Abkürzungen bedeuten:

DKP¹⁾ — Deutsche Konservative Partei

DP — Deutsche Partei

RSF — Radikal-Sozialistische Freiheitspartei

KPD — Kommunistische Partei Deutschlands

³⁾ Zusammengeschlossen zum Vaterstädtischen Bund Hamburg 1949⁴⁾ Zusammengeschlossen zum Vaterstädtischen Block

DANKE

Liebe Freunde,

unsere Demonstration „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ war ein großer Erfolg. Weit über 100 000 Mitbürger, insbesondere viele junge Mitglieder und Freunde, sind am Samstag dem Aufruf der CDU gefolgt. Es war die größte Demonstration, die je eine demokratische Partei der Bundesrepublik durchgeführt hat. Bürger aus allen sozialen Schichten unseres Volkes haben im Bonner Hofgarten bewiesen, daß die Union als einzige demokratische Partei in der Lage ist, unsere Bevölkerung zu einem so machtvollen Bekenntnis zu unserem Staat zu mobilisieren.

Endlich einmal wurde in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegen etwas, sondern für etwas demonstriert. Die CDU und mit ihr Tausende von Mitbürgern, die nicht Mitglied unserer Partei sind, haben am Samstag auf eindrucksvolle Weise der Welt das wirkliche Bild von Deutschland vermittelt. Wir haben deutlich gemacht, daß es trotz des Lärms einer Minderheit keinen Zweifel an dem politischen Standort der Deutschen gibt. Wir haben friedlich und — bei allem Ernst des Anliegens — heiter und gelassen demonstriert, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen bereit ist, sich für unseren freiheitlichen sozialen Rechtsstaat und für den Frieden und die Freiheit bei uns und überall in der Welt zu engagieren.

Um dabei zu sein, haben Sie eine weite Anreise in Kauf genommen und die große Hitze dieses Samstags ausgehalten. Für Ihr Engagement, das auch ein Dienst an unserem Land war, danke ich Ihnen allen ganz herzlich.

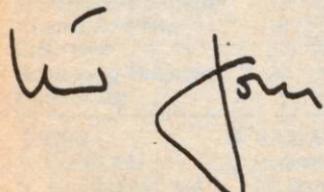
Danken möchte ich auf diesem Wege aber auch den haupt- und ehrenamtlichen Funktionsträgern unserer Partei, die mit großem Einsatz dazu beigetragen haben, daß der 5. Juni 1982 zu einem eindrucksvollen Bekenntnis zu Frieden und Freiheit geworden ist.

Wir alle können stolz sein auf unsere Partei.

Der 5. Juni war ein wichtiger Tag für Deutschland. Ich bin sicher, der Geist und der Erfolg dieses Tages werden nach innen und nach außen weiterwirken.

Bestärkt durch unseren gemeinsamen Erfolg können wir noch zuversichtlicher an die vor uns liegenden Aufgaben gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



(Helmut Kohl)

PRESSE-ECHO

Diese Demonstration war überfällig

Die übergroße Mehrheit der Deutschen bekennt sich zu Amerika als der friedenssichernden Großmacht und auch zu ihrem Präsidenten, Ronald Reagan. Dies ins Bewußtsein zu rufen, ist keineswegs überflüssig, sondern zwingend notwendig, weil häufig bewußt verdrängt.

Die „Demos“ der CDU und der CSU in Bonn und in München sind in dieser Zielrichtung zu verstehen. Sie waren eindrucksstark und keineswegs eine bloße Selbstverständlichkeit oder ein parteiinterner Betriebsausflug. Sie sind immer ein Zeichen dafür, daß in Deutschland die amerikanische Flagge nicht nur verbrannt wird (wie in erschreckender Weise Anfang Dezember 1981 in Berlin), sondern gemeinsam mit Schwarz-Rot-Gold demonstrativ gezeigt wird.

Daß einmal für und nicht nur gegen etwas demonstriert wurde, macht das Engagement von mehr als 100 000 Menschen ausgesprochen sympathisch. Es bleibt zu hoffen, daß von den bevorstehenden kritischen „Demos“ gegen Amerikas Politik das Deutschland-Bild nicht verzerrt wird. Ob für oder gegen aktuelle Strömungen, es ist schließlich die Gemeinsamkeit der Grundwerte, die Amerika und Deutschland verbindet.

Neue Rhein-Zeitung, 7. Juni 1982

Die Friedensdemonstrationen der CDU und CSU waren nicht überflüssig, wie der Kanzler voreilig gemeint hatte — sie waren überfällig. Daran können auch die von neidischen Untertönen begeisterten Anmerkungen des SPD-Bundesgeschäftsführers wenig ändern, der genau weiß, daß seine Partei zu einer solchen geschlosse-

nen Demonstration für das Bündnis und die Verbundenheit mit Amerika nicht in der Lage ist. Die Freien Demokraten haben sich klüger verhalten und geschwiegen.

Die „schweigende Mehrheit“, die ansonsten ihre Sympathie für die USA nur in der Demoskopie oder indirekt mit dem Stimmzettel erkennen läßt, hat sich zu Wort gemeldet. Die Bürgerlichen, die schwerer auf der Straße zu mobilisieren sind, haben ihr Bekenntnis zu Frieden in Freiheit und zu den Menschenrechten ohne innere Hemmungen abgelegt. Das bedeutet über den Tag hinaus einen psychologischen Durchbruch. Die Parteien der Mitte haben erkannt, daß auch Demonstrationen das Gesicht der Gesellschaft prägen und daß sie dieses Instrument nutzen können.

Die Welt, 7. Juni 1982

Nach der von der CDU organisierten Friedensdemonstration hat es an diesem Wochenende in den anderen politischen Lagern nicht an Versuchen gefehlt, Geist und politische Bedeutung dieses Ereignisses mit Hilfe von vagen Zahlenspielereien zu schmälern. Wie wichtig kann es jetzt noch sein, ob 80 000 oder 100 000 Bürger in glühender Hitze nach Bonn kamen — unangefochten bleibt die Tatsache: Eine so eindrucksvolle Willenskundgebung hat es in dieser Form in der Geschichte der deutschen demokratischen Parteien noch nicht gegeben.

Kölner Rundschau, 7. Juni 1982

CDU und CSU haben einen Beweis dafür geliefert, daß die politische Szene in der Bundesrepublik in Wirklichkeit nicht von Leuten beherrscht wird, die für einseitige

Abrüstung, für einen neutralistischen Kurs und damit für eine Abkehr von der westlichen Gemeinschaft eintreten. Zwar hat trotz der beachtlichen Teilnehmerzahlen nur ein verschwindend kleiner Teil der „schweigenden Mehrheit“ an den Veranstaltungen in Bonn und München teilgenommen. Doch das, was der Bundespräsident kürzlich feststellte, kann nicht bezweifelt werden: die überwältigende Mehrheit der Deutschen verabscheut die Versuche, die Freundschaft zwischen Amerikanern und Deutschen — etwa durch verbrecherische Anschläge auf die US-Streitkräfte — zu unterminieren.

Die große Mehrheit der Bevölkerung hat gegenüber den USA freundschaftliche Gefühle und steht fest zum Bündnis mit Nordamerika und den europäischen Partnern. Unmittelbar vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik und vor dem NATO-Gipfel in Bonn hat die Union es geschafft, den fatalen Eindruck zu verwischen, bei uns würden die „Friedensbewegungen“ und die Neutralisten den Ton angeben.

Darmstädter Echo, 7. Juni 1982

Angesichts des seit langem grassierenden lautstarken Engagements derer, die die vier Buchstaben „NATO“ mit Krieg gleichzusetzen pflegen, war es überfällig, das Bekenntnis zu den schützens- und erhaltenswerten Grundsätzen einer freiheitlichen demokratischen Völkergemeinschaft nicht allein den Politikern und ihrer Routine zu überlassen. Es war notwendig, daß gerade aus Anlaß des bevorstehenden Bonner NATO-Gipfels wenigstens ein Bruchteil jener schweigenden Mehrheit der Deutschen sich in Bonn und München trotz Hitze und Strapazen versammelte, um zu belegen, auf welchen geistigen Fundamenten 37 Jahre Frieden im freien Teil Europas gründen.

Die trotz subtropischer Hitze unerwartete hohe Beteiligung an der CDU-Demonstra-

tion, vor allem aber die große Zahl junger Menschen, müßte den Verantwortlichen in den beiden Bonner Regierungsparteien eigentlich zu denken geben. Vielleicht dämmert es dem einen oder anderen, daß es unverzeihlich war, der Opposition das Gesetz des Handelns allein zu überlassen. Nicht nur die Erhaltung des Friedens, auch die Verteidigung des Friedens und der Freiheit sind Worte, für die sich die Menschen in unserem Lande engagieren — sofern man ihnen nur Gelegenheit dazu gibt. Allgemeine Zeitung, Mainz, 7. Juni 1982

Die Demonstration der CDU war vor allem eine Begründung der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, ein Willkommen für US-Präsident Ronald Reagan, der am Mittwoch in Bonn eintrifft. Mit ihrer Rednerliste unternahm die CDU den Versuch, die Breite ihres personellen Angebots darzustellen. Keine Laienredner also, handfeste CDU-Politiker sollten sagen, was sie von Frieden und Freiheit halten. Eine Abiturientin kam zu Wort und ein Facharbeiter, eine Literaturprofessorin und ein Betriebsratsvorsitzender. Walther Leisler Kiep rief zur Tat mit Hinblick auf Hamburg, und Richard von Weizsäcker schlug den weiten Bogen, der natürlich bis Berlin reichen mußte. Zum Schluß dann der Parteivorsitzende Helmut Kohl.

Offizieller Schluß dann mit dem Deutschlandlied, 3. Strophe, Textvorlage wurde mitgeliefert, danach fröhlicher Ausklang mit viel Musik, Rückmarsch zu den Abfahrtsplätzen. Der CDU war gelungen, was andere demokratische Parteien noch nicht versucht haben: die Mobilisierung von zige tausend Bürgern, die sonst gelegentlich sogar verängstigt, nur entfernte Zuschauer von Demonstrationen sind. Zumindest das war neu auf der Hofgartenwiese in Bonn, die schon viele Massenaufmärsche erlebt hat und noch viele Massenaufmärsche erleben wird.

Tagesschau, Friedrich Nowotny, 5. Juni 1982

■ INFORMATION/ KOALITION

Ausbildungsplätze lassen sich nicht im Kommandoton schaffen

Die CDU/CSU hat im Bundestag eine Große Anfrage zur Ausbildungsplatzsituation eingebbracht. Dazu erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Anton Pfeifer: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will konkrete Anstöße geben und Vorschläge unterbreiten, wie das Angebot von Lehrstellen noch verbessert und ausgebaut werden kann.

Dabei ist es für uns erwiesen, daß Zwang die Wirtschaft nur lähmtd. Äußerungen, wie die des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Engholm, bevor die Notbremse „Lehrlingsumlage“ zu ziehen sei, müsse man die Wirtschaft weiter „drücken und zwiebeln“ (Hamburger Abendblatt vom 5. Mai 1982), machen deutlich, daß die Politik der Bundesregierung nicht geeignet ist, den jungen Menschen ihre Berufsbildung zu sichern. Mit einer solchen auf plumpen Drohungen sowie auf Forderungen nach „Ausbildungspflicht“ der Betriebe, nach „Ausbildungsplatzmeldestelle“ und nach dirigistischen Zwangsfonds zu einer Umlagefinanzierung aufgebauten Politik trägt sie im Gegenteil dazu bei, daß die verantwortungsvollen Aufrufe der Spitzenverbände von Handel, Handwerk, Industrie und freien Berufen an die Betriebe, noch mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, diskreditiert werden.

Wenn in den letzten Monaten Ausbildungsplätze verloren gegangen sind, dann ist hierfür in erster Linie die steigende Zahl von Betriebsstilllegungen und Konkursen als Folge der negativen konjunkturellen Entwicklung ursächlich. Für

diesen Verlust an Ausbildungsplätzen ist aber die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung mit verantwortlich.

Zweifel bleiben

Nach zwölf Jahren Vorbereitung legte die Regierung endlich den Entwurf eines geänderten Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit vor. Die CDU/CSU, die wiederholt auf die Folgen des Fehlens wirksamer Gesetze gegen Alkoholgenuss durch Kinder, gegen den freien Zugang von Kriegsspielautomaten und gegen den Zugang von Tagesdiskotheken hingewiesen hat, begrüßt daher die Einschränkungen des Alkoholvertriebs für Kinder und Jugendliche sowie die Untersagung, daß Video-Spielgeräte in außergewöhnlich benutzten Räumen (Bahnhöfen, Kinoeingängen) und Killerautomaten dort, wo Kinder und Jugendliche Zugang haben, aufgestellt werden.

Helga Wex, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bezweifelt aber, ob diese Änderungen allein eine entscheidende Schutzwirkung für Kinder und Jugendliche ausüben können. Es müssen flankierende Maßnahmen, wie Aufklärung und Kontrollmaßnahmen hinzutreten, wenn sich die erschreckenden Statistiken über Kinder- und Jugendalkoholismus ändern sollen. Wenn der Entwurf auch einerseits in Einzelfragen einen größeren Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit bringt, so ist es schlechthin unverantwortlich, daß die Altersgrenze für den Besuch von Diskotheken von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt worden ist, was sich besonders auf den Besuch von lauten und dunklen Tagesdiskotheken auswirken wird.

Ein stärkerer Jugendschutz einerseits sollte nicht durch zusätzliche Lockerungen andererseits unterlaufen werden.

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Die neuen Unfallzahlen für Radfahrer sind erschreckend: Im vergangenen Jahr wurden mehr als 600 Radfahrer auf innerörtlichen Straßen getötet, fast 13 000 schwer verletzt. Auf Initiative des CDU-Bundestagsabgeordneten Dirk Fischer (Hamburg) hat sich der CDU-Bundesfachausschuß für Verkehrspolitik in seiner jüngsten Sitzung mit den Problemen des Fahrradverkehrs befaßt.

Der Ausschuß stellte dabei fest, daß die Sicherheit der Radfahrer erheblich verbessert werden muß. Neueste Untersuchungen kommen zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß Straßen mit Radwegen für die Radfahrer teilweise gefährlicher sind als Straßen ohne Radwege. Bau und Anlage von Radwegen allein bedeuten deshalb nicht schon eine Reduzierung der Unfallgefahr. Für die Sicherheit von Radwegen kommt es vielmehr ganz wesentlich auf die Details an. Vor allem in Gefährdungsbereichen (Grundstückseinfahrten, Kreuzungen) ist eine besonders deutliche Kennzeichnung der Fahrradwege erforderlich.

Der Radwegebereich muß für den Autofahrer klar und eindeutig als „tabu“ erkennbar sein. Nicht Quantität, sondern Qualität muß bei der Anlage von Radwegen im Vordergrund stehen. Es darf nicht weiter hingenommen werden, daß das Fahrrad als umwelt- und energiefreundliches Verkehrsmittel ein achtmal höheres Unfallrisiko aufweist als das Auto.

In die DDR reisen

„Viele unserer Mitbürger sollten Gelegenheiten wahrnehmen, in die DDR zu reisen, um damit menschliche Verbundenheit im geteilten Deutschland und die Beschäftigung mit der gemeinsamen deutschen Geschichte zum Ausdruck zu bringen“, sagte MdB Horst Waffenschmidt nach einer Reise mit rheinischen CDU-Bundestagsabgeordneten in die DDR. Stationen der Fahrt waren Eisenach, die Wartburg, Weimar, das ehemalige KZ Buchenwald, die Lutherstadt Wittenberg und zum Schluß eine Stadtrundfahrt durch Magdeburg.

Ein bedeutsamer Schwerpunkt der persönlichen Kontakte im anderen Teil Deutschlands waren ausführliche Gespräche mit Vertretern des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in der Schloßkirche in Wittenberg.

Die Menschen, mit denen die Abgeordneten in Kontakt kamen, freuten sich über den Besuch der Bundestagsabgeordneten in der DDR. Bedrückend für alle Reiseteilnehmer war die schlechte Versorgungslage für die Menschen in der DDR bei vielen Gütern des täglichen Bedarfs und die vielen Beschränkungen für die persönliche Freiheit.

Kennedy distanzierte sich von falschen Friedensfreunden

Der amerikanische Senator Edward Kennedy will sich nicht vor den Karren der anti-Reagan-Demonstration spannen lassen. Entgegen den Behauptungen der SPD-Genossen Glotz, Lafontaine und anderen, die amerikanische Friedensbewegung, allen voran Senator Kennedy, stünde Schulter an Schulter mit den Protestierenden hierzulande, hat Senator Kennedy eindeutig klargestellt, daß er nicht das geringste Verständnis für die Forderung nach Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses habe.

Jusos weiter auf Konfliktkurs

Die Jungsozialisten werden bei ihrem Bundeskongreß Ende dieser Woche in Lahnstein sicherheits-, beschäftigungs- und energiepolitische Beschlüsse fassen, die den Konfliktkurs des SPD-Nachwuchses zur offiziellen sozialdemokratischen Regierungspolitik bestätigen sollen.

■ WOHNUNGSBAU

SPD/FDP vertreten ein unsoziales Mietrecht – das will die Union ändern

Wenn der Präsident des Mieterbundes Anfang Mai in München vor der Presse bedauerte, daß es im Deutschen Bundestag zur Zeit offensichtlich keine Mehrheit für die Verteidigung der Mieterrechte gebe, dann mögen sich mit diesem Vorwurf diejenigen auseinandersetzen, die in diesem Hause — derzeit — die Mehrheit bilden. Die Union zieht sich jedenfalls diesen Schuh nicht an, erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Mietwohnungspolitik unter den sozialdemokratischen Wohnungsbauamnistrern Vogel, Ravens und Haack hat die Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips ernsthaft in Frage gestellt.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, im freifinanzierten Mietwohnungsbau den Sachzusammenhang zwischen der mangelnden Investitionsbereitschaft privater Bauherren und der derzeitigen Mietgesetzgebung zu leugnen; denn dadurch werden private Investitionen nicht gefördert, sondern geradezu verhindert.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, daß im Mietwohnungsbau die Ärmeren die höheren Mieten zahlen müssen. Im sozialen Wohnungsbau hat die Koalition laufend die Erhöhung der Einkommensgrenzen durchgesetzt, um die Zahl der Fehlbeleger zu verringern. Die Beachtung der Interessen der untersten Einkommensschichten, die nun überhaupt keine Chance mehr haben, hat man nicht für nötig befunden.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, daß die derzeitige Wohnungsbaupolitik mit der Ausgabe von immer mehr Wohnberechtigungsscheinen Erwartungen geweckt hat, die überhaupt nicht erfüllt werden können. Wer staatliche Hilfen mit der Gießkanne verteilt, tut dies zu Lasten der wirklich einkommensschwachen Mitbürger, da die soziale Treffsicherheit fehlt. Vielen wenig zu geben ist nicht sozialer als den wirklich Einkommensschwachen alles zu geben!

— Es ist ganz und gar **unsozial**, daß die amtliche Wohnungsbaupolitik in erster Linie den Besitzstand, den Fehlbeleger, fördert. Am billigsten wohnt, wer am längsten wohnt. Die jungen und die kinderreichen Familien, die eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau suchen, bleiben draußen vor der Tür. Die Überbetonung der Interessen derjenigen, die im Besitz einer Wohnung sind, hat mehr neue sozialpolitische Probleme geschaffen, als sozialpolitische Zielsetzungen erreicht.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, daß ein Fehlbeleger mehr geschützt wird als die junge kinderreiche Familie, die in ihr eigenes gekauftes vom Fehlbeleger bewohntes Haus einziehen möchte, aber nach den zur Zeit geltenden Eigenbedarfsregelungen noch jahrelang nach Erwerb daran gehindert wird.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, unsere Mieter emotional aufzuladen, statt sie eingehend über ihre gesetzlichen Rechte aufzuklären. Der Wohnungsbauamnister hat selbst erklärt, der geltende Mieterschutz sei ausreichend, nur sei dies oftmals nicht bekannt.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, den Vermieter als den Ausbeuter des Mieters darzustellen, Einzelfälle von verwerflichem Spekulantentum dürfen nicht als repräsentativ hingestellt werden. Der Gesetzgeber muß von der Wertneutralität von Vermieter und Mieter ausgehen.

— Es ist ganz und gar **unsozial**, den Bürgern vorzugaukeln, wenn die Union die Mehrheit hätte, ginge es den Mieter schlechter. Dies ist eine böswillige Unterstellung. Mit welcher Politik ist denn unser Staat aus Schutt und Asche wieder aufgebaut worden? Mit welcher Politik ist denn Wohnraum geschaffen worden? Welcher Partei gehören eigentlich die verantwortlichen Männer an, die den Mietern ihre (neue) Heimat zur teuren Heimat gemacht haben, vor allem in Hamburg? Herr Präsident des Deutschen Mieterbundes, wir vermissen Ihre Empörung! Hier wäre für Sie ein hervorragendes Betätigungsfeld, für soziale Gerechtigkeit der Mieter zu sorgen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verletzt mit ihrem Gesetzentwurf keineswegs den Kernbereich des sozialen Mietrechts. Insbesondere wird der generelle Kündigungsschutz gewahrt. Da nicht alle Bürger Eigentum an der Wohnung erwerben können oder wollen und für die die Mietwohnung Mittelpunkt ihres Lebens ist, ist ein gesetzlich festgelegter Schutz des Mieters gegenüber nicht gerechtfertigten Kündigungen unverzichtbar. Der Wunsch nach einer höheren Miete ist deshalb kein Kündigungsgrund.

In allen Fällen wird der soziale Ausgleich für die, die am Markt keine bedarfsgerechte Wohnung finden, durch sozialen Wohnungsbau, im übrigen durch das Wohngeld und durch Belegungsbindungen voll gewährleistet.

Wer Soziale Marktwirtschaft auch im Mietwohnungsbau fordert, handelt zwar nicht

sozialistisch, wohl aber sozial. Soziale Marktwirtschaft ist kein Angriff auf das soziale Mietrecht, sondern die elementare Voraussetzung für das soziale Mietrecht; denn verteilen kann man nur das, was man vorher erwirtschaftet hat.

Wir brauchen daher eine Rückkehr zu der Wohnungsbaupolitik der 60er Jahre, zu Sozialer Marktwirtschaft und Vertragsfreiheit unter individueller Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise. Die gegenwärtige relativ gute Versorgung mit Wohnraum erlaubt uns diesen Weg. Die Situation der Staatsfinanzen läßt uns keine andere Wahl.

Die SPD spricht nur noch verbal von der Sozialen Marktwirtschaft im Wohnungsbau, tatsächlich kündigt sie jedoch mehr Dirigismus, mehr Verbote und mehr Gebote an. Die SPD erwartet das Heil vom Staat, der am Ende seiner Finanzkraft ist.

Notwendig ist vielmehr die Wiederherstellung sachgerechter marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für die Wohnungsbaupolitik. Eine solche Politik ist sozialer und gerechter als die derzeitige. Wohnungsbau braucht Marktwirtschaft, Ökonomie statt Ideologie. Was Privatinitiative leisten kann, darf der Staat nicht an sich ziehen. Der Staat baut nicht billiger, sondern teurer als der private Investor. Nicht mehr Staat, mehr Dirigismus, sondern mehr private Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung durch Soziale Marktwirtschaft ist der Schlüssel zum Erfolg — auch in der Mietwohnungsbaupolitik. Mangelnde Investitionsbereitschaft ist nicht nur eine Folge mangelnden Geldes oder mangelnder Wirtschaftlichkeit, sondern vornehmlich auch eine Folge mangelnden Vertrauens.

Ohne dieses Vertrauen lassen sich Investitionen stauen, aber eben keine Wohnungen bauen. Und dies wollen wir ändern.

■ ARBEITSMARKT

Hohe Arbeitslosigkeit jetzt in fast allen Wirtschaftszweigen

Auch im Mai waren rd. 1,65 Millionen Menschen arbeitslos. Das entspricht einer Quote von 6,9 Prozent. Im Mai 1981 hatte sie noch 4,8 Prozent betragen. Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt nachfolgend Heinz Franke, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales.

1 Der leichte Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum April 1982 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl extrem hoch ist — nicht nur bezogen auf die Vergleichszahlen jeweils im Mai der Vorjahre, sondern auch auf die bisherige Arbeitsmarktentwicklung in 1982.

2 Für 1982 zeichnet sich noch deutlicher als bisher eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 1,8 Mio. oder sogar mehr ab, wenn man berücksichtigt, daß die Sperrfristen für viele Asylbewerber für den Zugang auf den Arbeitsmarkt ablaufen, vermehrt Familienangehörige von Ausländern auf den Arbeitsmarkt drängen und vor allem zahlenmäßig starke Jahrgänge aus den allgemeinbildenden und berufsbezogenen Ausbildungsgängen Arbeitsstellen und betriebliche Ausbildungsplätze suchen.

3 Hohe Arbeitslosigkeit besteht nunmehr in fast allen Wirtschaftszweigen und Berufssparten. Ein extremes Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist in vielen kind- und jugendbezogenen Berufen zu befürchten — als Folge der Geburtenrückgänge seit Mitte der 60er Jahre. Betroffen sind Pädagogen, Erzieher, Sozialarbeiter und Be-

schäftigte wie auch Berufsnachwuchs in medizinischen Berufen. Es ist erschreckend, daß in diesen Berufen teilweise die überwiegende Mehrheit von Absolventen der Ausbildungsgänge direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen wird und ohne berufliche Perspektive bleibt. Dies ist weitgehend die Folge der Verharmlosung der demographischen Entwicklung seitens der SPD/FDP-Koalition, die Warnungen der CDU/CSU in den Wind geschlagen hat.

4 Die große Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen — ganz besonders ausgeprägt in der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen — legt auch eine Prüfung nahe, ob und wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ermöglicht werden kann, wenn dies zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit vor allem bei der jüngeren Generation führen kann. Globale Regelungen führen jedoch zwangsläufig zu sehr hohen Belastungen der Volkswirtschaft — unabhängig davon, in welchen Relationen die Mehrleistungen von Rentenversicherung, Bundesanstalt für Arbeit oder den Arbeitgebern getragen werden. Sie könnten, wenn sie falsch angesetzt oder angewendet werden, sogar wegen steigenden Kostendrucks die Arbeitslosigkeit noch verschärfen.

5 Auch die kläglichen Vorstellungen des neuen Bundesarbeitsministers Westphal zur Behebung der hohen Arbeitslosigkeit, die er vor dem Arbeits- und Sozialausschuß des Bundestages ausgetragen hat, lassen für die nahe Zukunft keine Änderung am Arbeitsmarkt erkennen.

AUSLÄNDER

Gewalttäter müssen ausgewiesen werden

Wir beobachten mehr und mehr, daß Ausländer in unserem Land aus politischen Motiven ebenso gegeneinander als auch gegen andere Gewalt üben und den inneren Frieden stören und gefährden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ausländergesetzes eingereicht, den nachfolgend der rechtspolitische Sprecher, Benno Erhard, und der innenpolitische Sprecher, Carl-Dieter Spranger, erläutern.

Nach aktuellen Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden gehörten 1982 rund 110 000 in der Bundesrepublik lebende Ausländer extremistischen Organisationen an. Davon sind rund 80 000 dem linksextremistischen und etwa 30 000 dem rechtsextremistischen Lager zuzurechnen, wobei die Türken das mit Abstand größte nationale Kontingent an Extremisten stellen. Seit 1974 hat die Zahl der ausländischen Extremisten um das Zweieinhalbfache zugenommen.

Vor allem türkische, iranische und jugoslawische Extremisten mißbrauchen das ihnen bisher großzügig gewährte Gastrecht, indem sie bei Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern — zumeist eigenen Landsleuten — immer häufiger zum Mittel der Gewalt greifen, um ihre Gegner einzuschüchtern oder aber Vergeltung und Selbstjustiz zu üben.

Der vorhandene Katalog der Ausweisungsgründe des Ausländergesetzes reicht häufig nicht aus, um bei politisch motivierten Gewaltanwendungen gegen

Personen oder Sachen eine unverzügliche Ausweisung zu ermöglichen.

Es ist ein für den Rechtsstaat unerträglicher Zustand, daß gewalttätige Extremisten und wiederholt straffällig gewordene Ausländer — dazu zählen auch rechtskräftig verurteilte gewerbsmäßige Rauschgifthändler — mit Hilfe eines Asylantrages oder durch eine geschickte strafprozeßuale Verzögerungstaktik ihre Ausweisung und Abschiebung teilweise um Jahre verzögern können. Deshalb hat die Fraktion der CDU/CSU einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht, der wirksamere ausländerrechtliche Sanktionen vorsieht:

- Unabhängig davon, ob und wann eine strafrechtliche Verurteilung erfolgt, ist eine von einem Ausländer aus politischen Gründen individuell oder gemeinschaftlich begangene Gewalttätigkeit, die einen anderen nicht unerheblich schädigt, mit der sofortigen Ausweisung zu beantworten.
- Ebenso sollen Vorstandsmitglieder eines verbotenen extremistischen Ausländervereins ausgewiesen werden.
- Widerspruch und Anfechtungsklage gegen diese Fälle der Ausweisung haben keine aufschiebende Wirkung.
- Verstöße von Ausländern gegen Vorschriften des Versammlungs- und Vereinsrechts (z. B. die Verletzung der Meldepflicht oder die Verweigerung von Auskünften) oder darauf gegründete Auflagen und Anordnungen können nach dem pflichtgemäßen Ermessen der Ausländerbehörden die Ausweisung nach sich ziehen.
- Asylbewerber dürfen aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden. Solche Gründe liegen vor, wenn ein Asylbewerber wiederholt Freiheitsstrafen verbüßt oder sich auf dem Rauschgiftsektor mit krimineller Energie betätigt hat.

STICHWORT

„Swing“

Der sogenannte Swing ist ein besonderes Merkmal der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Er kennzeichnet den innerdeutschen Charakter dieser Beziehungen, die sich qualitativ von normalen Außenwirtschaftsbeziehungen unterscheiden, die souveräne Staaten zueinander pflegen.

Der Swing geht auf das Berliner Abkommen von 1951 zurück, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland und die DDR gegenseitig einen besonderen zinslosen Überziehungskredit einräumten. Damit sollte der starre Tauschhandel von Ware gegen Ware flexibler gemacht werden, indem ein vorübergehendes Auseinanderklaffen der gegenseitigen Leistungen durch Inanspruchnahme dieser Zwischenfinanzierung überbrückt wurde.

In der Praxis hat sich der Swing jedoch ausschließlich zugunsten der DDR ausgewirkt, die ihn im innerdeutschen Handel als zinslosen Überziehungskredit in Anspruch nimmt. Nach mehreren Erhöhungen wurde seine Obergrenze 1968 auf 200 Millionen DM festgesetzt. 1974 wurde die Obergrenze auf 850 Millionen DM erhöht. Diese Vereinbarung hatte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1981. Zu diesem Zeitpunkt sollte der Swing eigentlich wieder auf 200 Millionen Mark zurückgeschraubt werden. Weil die Bundesregierung jedoch von dem Treffen Schmidt/Honecker am Werbelin-See im Dezember 1981 eine Zurücknahme der Erhöhung der Zwangsumtauschsätze erwartete, wurde die alte Regelung um ein halbes Jahr verlängert. Diese Frist läuft am 30. Juni 1982 ab, ohne daß die DDR die Bereitschaft erkennen läßt, den erhöhten Zwangsumtausch zurückzunehmen.

Weiterhin gebührenfreie Hilfspakete nach Polen

Nur noch bis zum 30. Juni 1982 können nach der geltenden Regelung Hilfspakete portofrei nach Polen versandt werden.

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion hat der Deutsche Bundestag im Februar beschlossen, Hilfspakete aus der Bundesrepublik gebührenfrei nach Polen versenden zu können. Diese Gebührenfreiheit wurde bis zum 30. Juni 1982 begrenzt. In der Bevölkerung löste diese Maßnahme ein großes Echo der Hilfsbereitschaft aus. Die Zahl der Postsendungen nach Polen nahm sprunghaft zu.

Da der Kriegszustand in Polen weiteranhält und die Not der Menschen seither keine Linderung erfahren hat, erhebt sich die Frage, ob die Maßnahme der Gebührenfreiheit nicht über den 30. Juni 1982 hinaus aufrecht erhalten werden soll. Der Bundestagsabgeordnete Gerhard O. Pfeffermann, Obmann der CDU/CSU-Fraktion, hat daher die Bundesregierung gefragt, welche Vorstellungen sie über eine Gebührenregelung bzw. einen Gebührenerlaß für die Zeit nach dem 30. Juni 1982 hat.

MdB Pfeffermann hierzu: Es wäre wünschenswert, wenn die Bundesregierung deutlich macht, daß die Not der Menschen in Polen heute wie im Februar dieses Jahres gegeben ist, und es von daher notwendig und richtig erscheint, die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung auch über den 30. Juni hinaus dadurch zu fördern, daß Hilfspakete auch nach dem 30. Juni 1982 portofrei nach Polen befördert werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 10./14. 6. Frauenvereinigung
Rat EFU, London
- 11./12. 6. **CDA-Bund**
Geschäftsfs. Bu/Vo/Bu/Vo,
Königswinter
- 11./12. 6. **KPV-Bund/KPV-NW**
„Freizeit und Sport“
Fachtagung, Warendorf
11. 6. **MIT/Schleswig-Holstein**
Landesvorstand, Kiel
11. 6. **LV Hessen**
4. Wahlkampfkommission,
Wiesbaden
11. 6. **LV Berlin**
Landesvorstand, Berlin
11. 6. **LV Berlin**
Landesausschuß, Berlin
11. 6. Frauenvereinigung
Schleswig-Holstein
Delegiertentag,
Eckernförde
12. 6. **CDA Schleswig-Holstein**
Landesausschuß, Rendsburg
12. 6. **CDU Hessen**
Wirtschaftstag, Liederbach
- 18./19. 6. **CDU Baden-Württemberg**
Landesparteitag
18. 6. **Junge Union Westf.-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 18./20. 6. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische

Regionaltagung,
Wadgassen (Saar)

19. 6. **CDA Saar**
Landestag, Saarbrücken
19. 6. **LV Schleswig-Holstein**,
Landesvorstand
21. 6. **LV Bremen**
Landesvorstandssitzung,
Bremen
22. 6. **Junge Union**
Nordrhein-Westfalen
Präsidium, Dortmund
25. 6. **MIT-Bund**
Bundesvorstand, Bonn
25. 6. **LV Rheinland**
Landesvorstand, Köln
- 25./27. 6. **Junge Union**
Baden-Württemberg
Landestag, Bad Säckingen
25. 6. **CDU-Bund**
BFA Familienpolitik,
Sitzung, Bonn
25. 6. **LV Westfalen-Lippe**
Geschäftsfs. Landesvorstand,
Dortmund
25. 6. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
25. 6. **Frauenvereinigung Saar**
„Frieden schaffen
ohne Waffen“, Bous
26. 6. **Frauenvereinigung**
Rheinland
Landesvorstand
26. 6. **CDA Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.